

positionen



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
Regionalgruppe Leipzig

Leipzig erneuerbar

**Umsetzung von Klimaschutz
und Energiewende in Leipzig**

Leipzig

Oktober 2016

Impressum und V.i.S.d.P.:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland

BUND Regionalgruppe Leipzig
Vorsitzender: Martin Hilbrecht
Bernhard- Göring-Straße 152
04277 Leipzig

Tel./Fax: 0341 - 3 06 53 95

kontakt@bund-leipzig.de
www.bund-leipzig.de/erneuerbar

facebook.com/BUND.Lieipzig
twitter.com/BUND_Leipzig

Vorwort.....	3
Stadt und Stadtwerke erneuerbar ausrichten	3
Bürgerenergie fördern	5
Bauleitplanung konstruktiv nutzen	6
Vorbildfunktion der Stadt Leipzig und ihrer öffentlichen Einrichtungen	7
Divestment – Abzug öffentlicher Gelder aus der fossilen Industrie	8
Suffizienz und nachhaltiger Konsum ...	9

Vorwort

Der Klimawandel lässt sich als globales Problem nicht an einzelnen Landesgrenzen aufhalten. Demnach erfordert die Begrenzung der Erderwärmung Lösungsansätze, die in erster Linie auf dem internationalen Paket ausgehandelt werden, wie es im Rahmen großer Konferenzen geschieht. Zugleich verweisen ExpertInnen darauf, dass das individuelle Verhalten eines jeden das Ausmaß der klimatischen Veränderungen beeinflusst. Um ein allumfassendes globales Phänomen wie den Klimawandel zu kontrollieren, müssen sämtliche Handlungsebenen, die sich zwischen dem einzelnen Individuum und der Staatengemeinschaft entfalten, Maßnahmen zum Klimaschutz hervorbringen.

Dieses Positionspapier widmet seine Aufmerksamkeit der untersten Verwaltungsebene in Deutschland, der Kommune.

2013 veröffentlichte die Stadt Leipzig das Energie- und Klimaschutzprogramm für den Zeitraum 2014 – 2020¹. Die darin

1 Vgl. Stadt Leipzig (2014): Energie- und Klimaschutzprogramm der Stadt Leipzig 2014 – 2020.

erwähnten Maßnahmen wurden bisher nur schleppend umgesetzt² und reichen nach Meinung des BUND Leipzig nicht aus, um als deutsche Großstadt einen angemessenen Beitrag zur globalen Reduktion der Treibhausgase zu leisten.

Das vorliegende Positionspapier enthält Forderungen und Anregungen des Arbeitskreises Klima und Energie der BUND Regionalgruppe Leipzig. Diese zielen darauf ab, den Klimaschutz und die Energiewende in Leipzig voranzubringen.

Kommunaler Klimaschutz sollte, um erfolgreich zu sein, als Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Es bedarf also der Integration klimapolitischer Belange in eine Vielzahl kommunaler Politikfelder, die auf den ersten Blick keinen direkten Bezug zu umweltpolitischen Fragestellungen aufzeigen. Die folgenden Kapitel lassen sich thematisch unterschiedlichen Politikbereichen einer Kommune zuordnen. Dem für den Klimaschutz wichtige Themenkomplex der Verkehrspolitik wird sich der BUND Leipzig in einer separaten Veröffentlichung widmen.

Stadt und Stadtwerke erneuerbar ausrichten

Die Stadt und die Stadtwerke Leipzig (SWL) sollen auf 100 Prozent erneuerbare Energien ausgerichtet werden. Sowohl innerhalb der Stadt als auch im Leipziger Umland existieren erhebliche Potentiale im Bereich der Biomasse, der Photovoltaik und der Solarthermie, die zu nutzen sind.

2 Vgl. Stadt Leipzig (2016): Europäische Energie- und Klimaschutzkommune, Umsetzungsbericht 2014.

Unsere Forderungen:

- SWL auf 100 Prozent erneuerbare Energien ausrichten
- das Solardachkataster auf das Leipziger Umland ausweiten
- eine integrierte Solar- und Gründachstrategie entwickeln
- das Biomassepotential der Rest- und Abfallstoffe ausschöpfen
- den Bewohnern und Unternehmen in der Stadt helfen, Energiesparmöglichkeiten aufzudecken und zu nutzen.

Grundlegend für die Reduktion der Treibhausgase im Energiesektor ist die effiziente Nutzung des verwendeten Stroms und der Wärme. Die Stadt und die SWL sollten daher ihre Bemühungen ausbauen, die EinwohnerInnen und Unternehmen bei der Identifizierung ihrer Energiesparpotentiale zu unterstützen. Die im Dezember 2015 eingerichtete Energiesparberatung für BürgerInnen durch die Verbraucherzentrale und das Umweltinformationszentrum ist dabei bereits ein guter Schritt. Der BUND Leipzig erhofft sich für die Zukunft weitere Angebote dieser Art.

Die Stadtwerke Leipzig (SWL) sollen darauf ausgerichtet werden, ausschließlich Energie aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen und zu vertreiben. Ein Ökostromtarif, wie er seit einigen Jahren angeboten wird, ist hierbei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Letztlich muss aber der Grundversorgungstarif auf Ökostrom basieren. Das Ziel muss darin bestehen, sowohl durch den Ankauf an der Strombörse als auch durch die

Eigenproduktion von Strom den Verbrauchern einen Strommix anzubieten, der zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien besteht. Während die Zielstellung beim Abschluss neuer Stromlieferverträge relativ zeitnah umgesetzt werden kann, bedarf die Umstellung der Eigenproduktion einer gewissen Vorlaufzeit.

Das Solardachkataster verdeutlicht den EinwohnerInnen das Potential der Photovoltaik und Solarthermie auf Ihren eigenen Dächern. Das Ziel eines solchen Verzeichnisses ist es, die BürgerInnen zur Errichtung entsprechender Anlagen zu ermutigen. Die Erweiterung des Solardachkatasters auf das Leipziger Umland (z.B. Markkleeberg) könnte eine größere Zahl an Menschen dazu bewegen, die Energieformen Photovoltaik und Solarthermie zu nutzen.

Begrünte Dachflächen bieten vielfältige, auch mikroklimatische Vorteile in Städten. Es ist daher angebracht die Dachbegrünung in Leipzig zu fördern. Um von Synergien zwischen Gründächern und solarenergetischer Nutzung zu profitieren und Nutzungskonflikte zu vermeiden sollte die Stadt Leipzig Solar- und Gründachstrategie gemeinsam fortschreiben.

Auch in Bezug auf die energetische Verwendung der in Leipzig anfallenden Biomasse, sind deutliche Potentiale erkennbar. Bisher wird nur ein sehr geringer Anteil der in Leipzig anfallenden Bioabfälle in Biogasanlagen genutzt. Um dies zu ändern sollen die SWL angehalten werden, in Kooperation mit der Stadtreinigung, dem Grünflächenamt Leipzig und Leipziger Betrieben, die entsprechende Abfallprodukte erzeugen, das Biogaspotential biologischer Abfall-

und Reststoffe möglichst weitgehend auszuschöpfen. Hierzu bedarf es einer zentralen Sammel- und Trennstelle, die die Verwertung der anfallenden Biomasse koordiniert. Die energetische Nutzung von Biomasse ist etabliert und kann zum CO₂-freien Ausgleich auftretender Erzeugungsdefizite in der Wärme- und Stromerzeugung beitragen.

Bürgerenergie fördern

Die Stadt Leipzig soll durch vereinfachte Verfahrenswege, Beratungsangebote und finanzielle Förderung die Hürden für die Realisierung von Bürgerenergieanlagen senken.

Unsere Forderungen:

- einfache Verfahrenswege und klare Ansprechpartner für Bürgerenergieprojekte innerhalb der Verwaltung schaffen
- den Bau von Bürgerenergieanlagen beratend und finanziell unterstützen
- eigene kommunale Dächer für Photovoltaikanlagen nutzen oder für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen

Ein großer Teil des Ausbaus der erneuerbaren Energien in Deutschland bzw. die anfängliche Dynamik der Energiewende ist auf die von BürgerInnen aufgestellten und betriebenen Anlagen zurückzuführen.

Die Stärkung der Bürgerenergie sollte für die Stadt Leipzig eine hohe Priorität besitzen, da sich auf diese Weise der Umbau der Energieinfrastruktur zu einer

resilienten, dezentralen Erzeugung vorantreiben lässt. Zugleich fördert die aktive Beteiligung der BürgerInnen eine breit angelegte gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber der Energiewende. Die Stadt Leipzig kann durch Beratung, vereinfachte Verfahrenswege und finanzielle Förderung den Ausbau der Bürgerenergie unterstützen.

Um die BürgerInnen zur Nutzung der Dächer zu animieren, die von der Stadt Leipzig für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden, bedarf es dem Aufzeigen eines klaren Verfahrensweges. Die Erfahrungsberichte Einzelner zeigen, dass das Verwaltungshandeln diesbezüglich nicht bürgerfreundlich genug ausgestaltet ist. Das Ausweisen eindeutiger Ansprechpartner der Stadt für die jeweils interessierten ProjektiererInnen ist hierbei vonnöten. Bisher sind an der Bereitstellung von Dachflächen mehrere Ämter beteiligt, deren Anforderungen durch die BürgerInnen „unter einen Hut gebracht“ werden müssen. Zudem fehlt es an einer Art „Wegweiser“, der für Laien die notwendigen Schritte in chronologischer Form benennt, um die Nutzung kommunaler Dachflächen für Solaranlagen zu ermöglichen. Dies würde die Umsetzung konkreter Projekte vereinfachen, somit beschleunigen und verhindern, dass Initiativen der Bürgerseite in bürokratischen Verfahren aufgegeben werden.

Die Stadt sollte die Errichtung von Bürgerenergieanlagen beratend unterstützen und finanziell fördern. Unter anderem sind folgende Themenschwerpunkte hierbei denkbar: die Empfehlung der Gründung entsprechender Genossenschaften; die Aufklärung über notwendige administrative Vorgänge zur

Planung und Errichtung der Anlagen sowie über Fördermöglichkeiten; die Thematisierung der Standortsuche und der Vermarktung des erzeugten Stroms. Eine solche Beratung könnte durch die bereits benannten notwendigen Ansprechpartner innerhalb der Stadtverwaltung erfolgen. Aber auch die 2016 eingerichtete Klimaschutzleitstelle oder die in der Leipziger Agenda 21³ angedachte Energieagentur könnten als zentrale Anlaufstelle dienen. Entscheidend ist hierbei lediglich die Bündelung aller relevanten Ansprechpartner und Informationen an einer gut erreichbaren Stelle. Die finanzielle Unterstützung der Bürgerenergie bleibt im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung verständlicher Weise sehr begrenzt. Jedoch lässt sich bereits durch geringe Mittelzuwendungen die kritische Anfangsphase von Bürgerenergieprojekten überwinden.

Solarenergieanlagen auf Dachflächen stellen im städtischen Raum eine hervorragende Möglichkeit dar, erneuerbare Energie zu erzeugen. Zum einen bleibt der Kommune hierdurch die Versiegelung zusätzlicher Flächen erspart, zum anderen bedürfen Solarenergieanlagen einem geringen Wartungsaufwand. Zudem verschonen solche Energiequellen die städtischen Netze vor Überlastungen, da sich die Stromabnehmer unmittelbar vor Ort befinden. Die Stadt Leipzig verfügt über eine Vielzahl an Immobilien bzw. Dachflächen, deren Potential bisher kaum genutzt wird. Dies muss sich aus Sicht des BUND Leipzig ändern.

3 Vgl. Leipziger Agenda 21 (2015): <http://www.leipzigeragenda21.de/de/projekte.asp>, 13.12.2015.

Bauleitplanung **konstruktiv** **nutzen**

Die wachsende Stadt Leipzig soll mit den Mitteln der Bauleitplanung Klimaschutz betreiben – wie es auch im §1a (5) BauGB gefordert wird.

Unsere Forderungen:

- Vorgabe der Errichtung von Nahwärmenetzen bei größerer Blockbebauung
- Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien
- Vorgabe von Flächen für das Abstellen von Fahrrädern gemessen an der Wohnfläche/Gewerbefläche

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen können Standards vorgegeben werden, die eine nachhaltige und klimafreundliche Gebäudestruktur schaffen – sowohl bei Wohngebäuden als auch im großen Markt der Büroimmobilien und Gewerbegebäude. Dies sichert unabhängig von der Entwicklung des Bedarfs an Wohn- und Gewerbeflächen eine hochwertige Gebäudestruktur.

Dabei können Maßnahmen zur Erzeugung und effizienten Nutzung von Energie ebenso eine Rolle spielen wie Maßnahmen zur Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsträger.

Die Stadt Leipzig sollte alle Möglichkeiten nutzen, die bei der Aufstellung von Bebauungsplänen geboten sind, um die Integration von Kraft-Wärme-Kopplung, Nahwärmenetzen oder die Nutzung von solarer Strahlungsenergie zum Heizen,

Kühlen oder zur Stromerzeugung zu fördern.

Der §9 (1) Nr. 12 und 23b BauGB zeigt die umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten der Bauleitplanung auf:

Im Bebauungsplan können aus städtebaulichen Gründen festgesetzt werden:

12. die Versorgungsflächen, einschließlich der Flächen für Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung;

23. Gebiete, in denen

b) bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen.

Weiter sollten bei der Errichtung von Mehrfamilienhäusern, Büros, Gewerbe- und Industriegebäuden nicht nur nötige Parkplätze für PKW geschaffen sondern auch adäquate Fahrradabstellmöglichkeiten vorgehalten werden, möglichst überdacht, wie in §9 (1) Nr. 11 BauGB erwähnt.

Wir sind uns bewusst, dass die Stadt hier zwischen verschiedenen Interessen abwägen muss. Zum einen sollen Investitionen begünstigt und der selbstbestimmte Umgang der Grundstücks- und Gebäudeeigentümern mit ihrem Privateigentum nicht beschnitten werden. Doch der Spagat zwischen sinnvollen, nachhaltigen Vorgaben und dem „Verschrecken“ von Investoren durch zu strenge Vorgaben ist zu schaffen.

Vorbildfunktion der Stadt Leipzig und ihrer öffentlichen Einrichtungen

Die Stadt Leipzig und ihre Einrichtungen sollten im Klimaschutz eine Vorbildfunktion gegenüber den BürgerInnen, anderen Institutionen und Unternehmen erfüllen.

Unsere Forderungen:

- Bezug von 100 Prozent Ökostrom in allen kommunalen Einrichtungen, Anlagen und Unternehmen
- Anstreben höchster energetischer Standards in allen kommunalen Gebäuden mit Hilfe eines Sanierungsplans und effizienten Gebäudemanagements
- Nutzung von Energieeinsparpotentialen
- Ausweisung und Nutzung geeigneter kommunaler (Dach-) Flächen für Photovoltaik und Solarthermie
- Schulung städtischer MitarbeiterInnen zu energiesparendem Verhalten
- CO₂-neutraler kommunaler Fuhrpark sowie Förderung von Carsharing- und Jobticket-Angeboten für städtische MitarbeiterInnen

Im Energie- und Klimaschutzprogramm 2014–2020 (EKSP)⁴ der Stadt Leipzig ist die Vorbildfunktion der Stadt und ihrer

4 Vgl. Stadt Leipzig (2014): Energie- und Klimaschutzprogramm der Stadt Leipzig 2014 – 2020.

Einrichtungen in Sachen Klimaschutz klar erkannt und formuliert: „Die Kommune muss [...] durch positive Beispiele, wie z.B. den Einsatz von Elektroautos und hohe energetische Standards bei öffentlichen Gebäuden, eine Vorreiterrolle einnehmen.“ (EKSP 2014: 3). Das Programm führt viele zielführende und wünschenswerte Maßnahmen auf, deren konkreter Umsetzung der BUND Leipzig mit großer Erwartung entgegenseht. Der folgende Abschnitt geht daher nur auf Punkte ein, die aus der Sicht des BUND Leipzig dringend verbesserungswürdig sind.

Wir begrüßen, dass die Stadt ihren Strom bis 2020 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen beziehen möchte. Entsprechend dem Umsetzungsbericht 2014 zur europäischen Energie- und Klimaschutzkommune wurde der Anteil erneuerbaren Stroms in kommunalen Einrichtungen von 2011 zu 2012 von 30 Prozent auf 50 Prozent gesteigert. In 2013 stagnierte er jedoch laut Energie und Klimaschutzprogramm. Wir hoffen sehr, dass die Stadt Leipzig hier ihrem Ziel treu bleibt und werden die Entwicklung mit großem Interesse weiter verfolgen.

Nachdem die Stadt Leipzig erste Anstrengungen unternahm, ihren öffentlichen Fuhrpark hin zur Elektromobilität umzurüsten, lassen mittlerweile weitere Maßnahmen auf sich warten. Ziel muss es sein, dass der städtische Fuhrpark ausschließlich elektrisch geführt wird, wobei der Ladestrom zu 100 Prozent aus zertifizierten Ökostromquellen stammen sollte.

Zudem ist es notwendig, Jobticket- und Carsharingangebote für städtische MitarbeiterInnen zu optimieren, um den motorisierten Individualverkehr auf ein

Minimum zu beschränken. Dazu fehlt auch im Bereich Carsharing eine konkrete Zielvorgabe.

Divestment – Abzug öffentlicher Gelder aus der fossilen Industrie

Für einen umfassenden Beitrag zu nachhaltigem Klimaschutz, fordert der BUND Leipzig die Stadt Leipzig auf, ihre Gelder aus der fossilen Industrie abzuziehen und diese stattdessen nachweislich klimafreundlich und sozialverträglich zu investieren.

Unsere Forderungen:

- Keine Investitionen öffentlicher Gelder in die fossile Brennstoffindustrie.
- Beenden bereits bestehender Investitionsverträge in die fossile Brennstoffindustrie innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Hintergrund für die Forderung nach klimafreundlichen Geldanlagen bzw. nach Abzug öffentlicher Gelder aus der fossilen Industrie, auch „Divestment“ genannt, ist die drohende globale Klimakatastrophe. Damit das allgemein anerkannte Ziel von maximal 2° C Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau noch erreicht werden kann, müssen fast die gesamten verbleibenden Kohle-, Öl- und Gasvorkommen unter der Erde bleiben⁵.

5 Vgl. McGlade, C. und Ekins, P. (2015): The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2 °C. In: *Nature* 517, 187–190, doi: 10.1038/nature14016.

Erdölkonzerne erschließen jedoch weiterhin in alarmierendem Tempo die bestehenden Vorkommen und geben gleichzeitig Milliarden aus, um neue fossile Brennstoffvorkommen zu entdecken. Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist die Welt auf dem besten Wege, fünfmal so viele fossile Brennstoffe zu verbrennen, wie laut vorsichtigen Schätzungen „sicher“ wäre.

Aufgrund des zu erwartenden Wertverlusts von Unternehmen im fossilen Sektor, bekannt als „Kohlenstoffblase“, sollten Gelder auch aus Gründen der nachhaltigen finanziellen Stabilität der Stadt Leipzig nicht weiter in diesem Bereich angelegt werden.

Die Stadt Leipzig kann mit sauberen Geldanlagen somit mehrere Dinge gleichzeitig bewirken: Klimaschädlichen Unternehmen die gesellschaftliche Zustimmung und finanzielle Grundlage entziehen, Gelder stattdessen ausschließlich sozial-, natur- und klimaverträglich anlegen und damit einhergehend die finanzielle Stabilität der Stadt Leipzig sichern.

Unsere öffentlichen Gelder sollten in eine lebenswerte Zukunft investiert werden, nicht in eine Industrie, die den Klimawandel vorantreibt. Auch für die Stadt Leipzig ist es an der Zeit, sich anderen Städten anzuschließen, die ihre Gelder bewusst nach ethischen und ökologischen Standards anlegen⁶. Durch ein Umdenken kann die Stadt Leipzig als Vorbild nicht nur für andere Städte, sondern auch für weitere öffentliche und

private Institutionen dienen und deutschlandweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Suffizienz und nachhaltiger Konsum

Klimaschutz bedeutet auch, Ressourcen zu schonen und Einsparungen vorzunehmen. Der BUND Leipzig fordert daher von der Stadt, Suffizienz, nachhaltigen Konsum und klimafreundliche Ernährung zu fördern.

Unsere Forderungen:

- Umstellen der Mensen und Cafeterien auf regionales, saisonales und biologisch angebautes Essen sowie das Ausweisen von Informationen zu den Zulieferern
- Unterstützung von Projekten, wie Repair Cafés, Leihläden oder urbaner Gartenprojekte
- Umstellen der Material- und Textilbeschaffung der Stadt auf nachhaltigen Einkauf (Fairtrade, Recycling, umweltfreundliche Güter)

Wir setzen uns für nachhaltigen Konsum ein, da dieser den Energieverbrauch der Stadt und ihrer BürgerInnen senkt. Hierbei halten wir es für wichtig, dass Mensen, Kantinen und Cafeterien der Stadt auf regionales, saisonales und biologisch angebautes Essen umgestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass die Ernährung mit jährlich rund 2,1 Tonnen klimarelevanten Treibhausgasen pro Person in Deutschland mit den Emissionen des Verkehrssektors vergleichbar ist, müssen auch in diesem

6 Vgl. GoFossilFree (2015): Divestment Commitments, gofossilfree.org/commitments/, 13.12.2015.

Bereich die Möglichkeiten zur Verbesserung der Klimabilanz genutzt werden^{7,8,9}. Der Fleischverbrauch sollte reduziert werden, da bei der Fleischproduktion hohe Treibhausgasemissionen entstehen und viel Energie benötigt wird. Zulieferer sollten offen gelegt werden, um die Transparenz der Lebensmittelproduktion zu erhöhen. Als Vorbild kann hierbei das Studentenwerk Oldenburg gelten.

Repair Cafés verlängern die Lebenszeit von Textilien oder elektrischen Geräten und erhöhen gleichzeitig die Fähigkeiten der BürgerInnen, Geräte zu verstehen und zu reparieren. Durch Leihläden können selten gebrauchte Geräte ausgeliehen werden, sodass nicht jeder Haushalt jedes Gerät anschaffen muss. Das bekannteste Leihbeispiel ist hierbei die Bohrmaschine, aber auch Kinderspielzeug oder Küchengeräte sollten vorhanden sein. In Leipzig existieren solche Geschäftsmodelle bisher nicht. Es wäre zu begrüßen, wenn die Stadt hierbei die Initiative übernimmt und erste Leihläden einrichtet und betreibt.

In urbanen Gartenprojekten lernen Erwachsene und vor allem Kinder, die im städtischen Raum in der Regel nur selten mit der Landwirtschaft in Kontakt kommen, wo und wie Lebensmittel produziert werden. Dies fördert unter anderem die Wertschätzung der jeweiligen Produkte

7 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2014): Lebensmittel und Klimaschutz, www.bmub.bund.de/P437/, 13.12.2015.

8 Vgl. FAO (United Nations Food and Agriculture Organization) 2006: Livestock's long shadow - environmental issues and options; Rom.

9 Vgl. Öko-Institut 2007: Treibhausgasemissionen durch Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln.

und leistet somit einen wichtigen Bildungsbeitrag. Gleichzeitig sind diese lokal produzierten Lebensmittel durch die kurzen Transportwege und die Direktvermarktung energetisch sehr vorteilhaft. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Projekt „essbare Stadt“. Hierbei werden städtisch gepflanzte Blumen, Sträucher und Bäume durch Nutzpflanzen wie Beerensträucher oder Obstbäume ersetzt. Diese sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Dieses Konzept wird bereits in anderen Städten wie Andernach mit großem Erfolg praktiziert¹⁰. Der BUND Leipzig ermutigt die Stadt, Initiativen, die eine solche Entwicklung auch in Leipzig anstoßen möchten, wie z.B. der Stadtpflanzer e. V., tatkräftig zu unterstützen.

Zudem fordert der BUND Leipzig die Stadt dazu auf, die Einkaufspraxis sämtlicher kommunalen Einrichtungen auf fair gehandelte, umweltfreundliche und wenn möglich recycelte Güter umzustellen. Dies gilt vor allem für (Büro-) Materialien und Textilgüter. Hierbei kann auf die Kampagne „Sachsen kauft fair“¹¹ verwiesen werden.

10 Vgl. Stadtverwaltung Andernach (2015): http://www.andernach.de/de/leben_in_andernach/essbare_stadt.html, 13.12.2015.

11 Diese Initiative wird getragen vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen (ENS), dem DGB – Bezirk Sachsen, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen und dem Bistum Dresden-Meißen. Sie strebt eine „öko-soziale Beschaffung der öffentlichen Hand [...] in Sachsen“ an (www.sachsen-kauft-fair.de).

Fazit

Die in der Bundposition „Leipzig erneuerbar“ vorgestellten Forderungen und Anregungen zielen darauf ab, den Klimaschutz und die Energiewende vor Ort in Leipzig voranzubringen. Der Handlungsbedarf hierzu ergibt sich für den BUND Leipzig vor allem durch die nicht ausreichenden und bisher nur schleppend umgesetzten Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzprogrammes 2014-2020 der Stadt Leipzig.

Damit Leipzig als deutsche Großstadt einen angemessenen Beitrag zur globalen Reduktion der Treibhausgase leistet, ist es vonnöten, sowohl innerhalb der Stadt als auch im Leipziger Umland die erheblichen Potentiale im Bereich der Biomasse, der Photovoltaik, der Solarthermie und der Energiesparmöglichkeiten zu nutzen. Das Ziel muss es sein, die Stadt und die Stadtwerke Leipzig (SWL) auf 100 Prozent erneuerbare Energien auszurichten. Dies kann dann gelingen, wenn die Leipziger Verwaltung und ihre öffentlichen Einrichtungen eine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz übernehmen, den Bau von Bürgerenergieanlagen beratend und finanziell unterstützen und die Möglichkeiten der Bauleitplanung, Klimaschutz zu betreiben, ausgeschöpft werden.

Für eine konsequente, nachhaltige Umsetzung des Klimaschutzes ist es notwendig, sämtliche öffentliche Gelder der Stadt Leipzig aus fossilen Industrien abzuziehen. Doch nicht nur fossile Energieträger sondern sämtliche natürliche Ressourcen müssen geschont werden, wenn wir unseren Kindern und nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten überlassen möchten. Der BUND Leipzig fordert daher von der Stadt, Suffizienz, nachhaltigen Konsum und klimafreundliche Ernährung zu fördern.

Die wichtigsten Forderungen an die Stadt Leipzig auf einem Blick

- Ausrichtung der Stadt und der SWL auf 100 Prozent erneuerbare Energien
- beratende und finanzielle Unterstützung des Baus von Bürgerenergieanlagen
- Vorbildfunktion der Stadt und ihre öffentlichen Einrichtungen beim Klimaschutz
- Konsequente Anwendung der Bauleitplanung als Mittel des Klimaschutzes
- Abzug kommunaler Gelder aus fossilen Industrien
- Förderung von Suffizienz, nachhaltigem Konsum und klimafreundlicher Ernährung.